

Niederschrift

zur Sitzung des Ausschusses für Kultur und Soziales der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2003/2008)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Donnerstag, den 17.01.2008	18:00 - 20:00 Uhr	Allgemeine Förderschule "Erich Kästner", Heinrich-Mann-Straße 8

Anwesenheit

Fraktion DIE LINKE.

Fiedler, Monika
Gollmer, Martin
Sachse, Gerold
Wobring, Karsten

CDU-Fraktion

Lachmann, Hans-Joachim
Lehmann, Karin
Pohl, Heiko
Römer, Marion

SPD-Fraktion

Bluschke, Helga
Hemmerling, Rita
Wagner, Elke

FDP-Fraktion

Hoffrichter, Lothar

Bündnis 90/Die Grünen

Czerwinske, Inge

Sachkundige BürgerInnen

Bogdan, Matthias
Irmer, Thomas
Neumann, Hannelore
Runge, Klaus
Schumann, Petra
Stachat, Susanne Dr.

Verwaltung

Politz, Andreas
Schickert, Andrea
Trilling, Anne-Gret

Gäste

Hennig Gleichstellungsbeirat

Abwesend

Fraktion DIE LINKE.

Reibsch, Heike

FDP-Fraktion

Ksink, Reinhard

Sachkundige BürgerInnen

Stanslawski, Daniela

Gäste

Berger, Elisabeth

Hoffmann, Hannelore

Zagani, Victoria

TOP 1 Vorstellung und Informationen zur Allgemeinen Förderschule

Die Informationen von Frau Schumann in Stichworten:

- Erich-Kästner-Schule Fürstenwalde (Schule mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt „Lernen“)
- tätig sind 33 Sonderschulpädagogen und 1 Schulsozialarbeiterin
- insgesamt z.Zt. 180 Schüler, davon 110 Jungen und 70 Mädchen im Alter von 7 bis 18 Jahren in Klassenstufe 2 bis 10, die Klassenstärke liegt bei 8 bis 13 SchülerInnen
- 107 Schüler/Innen aus Fürstenwalde (43 Fwe.-Nord, 26 Fwe.-Süd, 38 Fwe.-Mitte), 73 Schüler/innen aus 25 umliegenden Gemeinden, wenige Schüler ausländischer Herkunft, aber wenn dann große Probleme z.B. kann ein libanesischer Junge nur nachmittags allein unterrichtet werden
- Schulhortbesucher z. Zt. 43 Schüler
- insgesamt Schülerrückgang zu verzeichnen
- Schüler vor allem aus sozial benachteiligten Familien – sh. Empfänger von Hartz IV-Leistungen
- Schuljahr 2004/2005 35 Elternhäuser von 260 Schülern
- Schuljahr 2005/2006 52 Elternhäuser von 230 Schülern
- Schuljahr 2006/2007 99 Elternhäuser von 212 Schülern
- Schuljahr 2007/2008 101 Elternhäuser von 180 Schülern
- Schüler vor allem Lernbehinderung, Entwicklungsrückstand, Verhaltensauffälligkeiten, Sprach- und Hörstörungen (Zuweisung durch das Staatliche Schulamt im Rahmen eines Förderausschlussverfahrens)
- im Fordergrund steht lebenspraktische Erziehung und Bildung und das Ziel, bis zum Abschluss der 6. Klasse Lesen, Schreiben und Rechnen zu lernen (80 % der Schüler können mit Abschluss der Klasse 6 normal und sinnverstehend lesen, 20 % benötigen Extra-Förderunterricht, Ausnahme jedoch auch, dass Schüler als Analphabeten die Schule verlassen)
- in Klasse 7 bis 10 steht praxisorientierte Berufsvorbereitung und Berufsorientierung im Fordergrund – alle Schüler erhalten ,gesetzlich betreut durch Ausbildungsstätten, ein berufsvorbereitendes Jahr und danach möglicherweise eine Lehrstelle oder ein zweites berufsvorbereitendes Jahr
- Ergänzung von Frau Dr. Stachat – wenn ihnen nach einem 6std. psychologischen Test keine Vermittlung auf dem 1. Arbeitsmarkt attestiert wird, dann haben die Jugendlichen über das Arbeitsamt z.B. in den Christophoruswerkstätten o.ä. eine Perspektive – enttäuschend ist, wenn diese Chance dann nicht genutzt wird
- Erziehungskonzept in Anlehnung an Maria Montessori - Hilf mir, es selbst zu tun

- zusätzlich zum regulären Unterricht wird Förderunterricht angeboten, einmal für leistungsstarke Schüler nach Rahmenlehrplan der Sek. I der Regelschulen und zum anderen für leistungsschwache Schüler
- WAT (Wirtschaft, Arbeit, Technik)-Unterricht bietet Einblicke in Berufsleben, Kollegenkreis, Praxiserfahrung, regelmäßigen Arbeitsalltag, auch Anerkennung und Motivation – dazu zählt Schülerfirma „Magic Hands“ mit Kochen, Backen und allem, was SchülerInnen können
- Schulpartnerschaften (Nordirland, Frankreich, Polen und Litauen) werden z.T. seit 1997 gepflegt
- lobenswerte Initiative des Kreistages – Kinder von Leistungsempfängern Hartz IV erhalten ab dem 1. Kind kostenfrei Mittagessen, dadurch z.Zt. 140 Teilnehmer am Schulessen
- in die Schule kommen auch Ergo- oder Physiotherapeuten, die auf Rezept mit den SchülerInnen arbeiten
- Probleme sind z.B. fehlende Freundschaften, Freizeitprobleme, Gewaltbereitschaft, Labilität, Kriminalität, Aggressivität, fehlender familiärer Rückhalt, fehlende Arbeitsmaterialien im Unterricht, auch Drogenprobleme und Waffenbesitz (regelmäßig unangemeldete Taschenkontrolle) sowie jahreszeitlich-passend fehlende Kleidung, fehlendes Essen (Frühstück)
- weiteres Problem sind fehlende finanzielle Mittel oder fehlendes Interesse in vielen Elternhäuser für Klassen- und Projektfahrten, Theaterbesuche, Kino o.ä. Dank einiger Sponsoren und guter Partner im Amt für Grundsicherung wird Unterstützung gewährt, so dass alle Kinder immer an den Unternehmungen teilnehmen können
- Zusammenarbeit mit dem Jugendamt LOS hat sich verbessert, enge Zusammenarbeit mit Jugendeinrichtungen, insbesondere Jugendclub Süd und Nord, aber auch mit Polizei und Revierpolizisten
- Eltern sind leider oft uninteressiert, wollen nicht mit Problemen konfrontiert werden – allerdings gibt es auch positive Beispiele von Elternengagement
- manchmal wird der Werdegang ehemaliger SchülerInnen auch nach Schulabgang begleitet oder beobachtet und dabei festgestellt, dass die Mädchen 16-/17-jährig Mutter werden, obwohl Zukunftsperspektiven, Ausbildungsplatz oder Arbeitstelle fehlen
- LOS, MOL und Frankfurt (Oder) verfügen insgesamt über 17 Förderschulen

Die Abgeordneten bedanken sich für die ausführlichen Informationen und die Beantwortung ihrer Fragen und vor allem für die sehr nette Bewirtung. Frau Schumann erklärt, dass der Kuchen von Schülerinnen und Schülern der Schülerfirma „Magic Hands“ gebacken wurde. Die Vorsitzende bittet, ihnen auf jeden Fall ein dickes Lob und den Dank der Abgeordneten auszurichten.

TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung der 39. Sitzung

Die Vorsitzende informiert, dass es leider nicht gelungen ist, den TOP Berichterstattung Kinder- und Jugendfürsorge umzusetzen. Dies wird gemeinsam mit dem Jugendamt LOS zur nächsten Sitzung vorbereitet.

Die Tagesordnung wird in der gekürzten Fassung **einstimmig** bestätigt.

TOP 3 Bestätigung der Niederschrift der 38. Sitzung

Die Niederschriften der 39. Sitzung werden **einstimmig mit 4 Enthaltungen** bestätigt.

In der heutigen Sitzung wird auf die Durchführung einer nicht öffentlichen Sitzung verzichtet.

TOP 4 Drucksachen öffentliche Sitzung (liegen nicht vor)

TOP 4.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE.

Kostenübernahme für Schul- und Kitaessen bei Kindern aus sozial-schwachen Familien

Der Abg. Sachse weist eingangs noch einmal auf die Notwendigkeit einer Regelung für einkom-

menschschwache Familien hin und bittet, im Interesse der SchülerInnen eine einheitliche Regelung – also auch für Einrichtungen in freier Trägerschaft und für SchülerInnen umliegender Gemeinden, die Fürstenwalder Einrichtungen besuchen- zu diskutieren.

Herr Politz hat einige aussagekräftige Zahlen:

- von 6.240 ALG II-Empfängern (Stand Ende 2007) sind rd. 20 % 1 bis 15 Jahre und rd. 25 % 0 - 18 Jahre alt, von denen rd. 2/3 Schulen und 1/3 Kitas besuchen (rd. 820 SchülerInnen und 420 Kita-Kinder), die ca. 427.000 € Essenkosten verursachen würden, und zwar bei 37 Schulwochen rd. 290.000 €/Schulessen und 137.000 € im Kitabereich
- berücksichtigt sind alle Kinder/SchülerInnen in der Stadt außer die über 15 Jährigen
- in Kitas nur geringer Anteil von Nichtessern (einige haben Essen von zu Hause mit)
- Stand Essenteilnehmer an Schulen im Oktober 2007

1. Grundschule von 397 Schülern	265 Essen
2. Grundschule von 325 Schülern	154 Essen
weiterführende Schulen von 183	9,5 Essen
2. Oberschule von 299	16,75 Essen

Er gibt zu bedenken, dass die Stadt Jüterbog mit gesunder und preisgünstiger Mittagsversorgung keine positiven Erfahrungen gemacht hat und diese Regelung wieder zurückfahren bzw. nach anderen Lösungsmöglichkeiten suchen wird. Die Mahlzeiten sind bei den Kindern aus verschiedensten Gründen nicht gut angekommen, und so ist vieles weggeworfen worden.

Frau Dr. Stachatz gibt den Hinweis, dass nicht nur Hartz IV-Empfänger nicht in der Lage sind, ihren Kindern eine ausgewogene und bezahlbare Mittagsversorgung anzubieten, sondern viele Elternhäuser dies trotz ausreichenden Einkommens nicht bewältigen. Zumindest liegt auch in diesem Bereich bei vielen Kindern eine Mangelernährung vor, die sich durchaus mit Übergewicht bemerkbar macht. Deshalb ist diesem Zusammenhang zu klären, wie der Bedarf überhaupt festgestellt werden kann und wie dann vorzugehen ist. Untersuchungen belegen, dass sich das Essverhalten generell verändert hat, Kinder investieren ihr Taschengeld in Süßigkeiten oder Mahlzeiten bei McDonald, Elternhäuser ohne finanzielle Probleme verzichten auf regelmäßige, gemeinsame Essgewohnheiten, es wird zu Fertiggerichten gegriffen usw.

Die Abg. Wagner gibt zu bedenken, dass die „Mangelernährung“ in der Tat kein Problem sozial- oder einkommensschwacher Familien ist. Bei der Diskussion sollte deshalb auch berücksichtigt werden, allen Kindern ein kostenfreies Essen zu ermöglichen. Andererseits sind die Kosten, wie von Herrn Politz verdeutlicht, enorm. Umso verantwortungsvoller muss die Diskussion geführt werden. Es wäre leichtfertig, das Schulessen „einfach zu bezahlen“. Zumal alle Beteiligte aus eigener Erfahrung oder der ihrer Kinder wissen, wie gern man sich vor dem Schulessen auch einmal drücken wollte.

Sie bittet Herrn Politz um Auskunft, wie viele Schüler an Grundschulen von kostenfreiem Essen profitieren würden und schlägt vor, zunächst dort anzusetzen.

Die Abg. Czerwinske stimmt dieser Meinung im eigenen und auch im Namen des Integrationsbeirates zu. Aber sie gibt zu bedenken, dass dieses Schulessen doch für viele Kinder die einzige Mahlzeit wäre, die sie am Tag erhalten.

Der Abg. Sachse schlägt vor, dass sich die SchülerInnen in Listen eintragen sollten, wenn sie am Schulessen teilnehmen möchten. Das gibt auch entsprechende „Planungssicherheit“.

Herr Politz antwortet, dass dieser Vorschlag aufgrund des Konzessionsvertrages von der Stadt nicht umsetzbar ist.

Der Abg. Hoffrichter weist bei allem Verständnis und der Ernsthaftigkeit des Themas noch einmal ausdrücklich auf die Verantwortung der Eltern hin. Sie müssen sich um ihre Kinder und deren Ernährung kümmern und dürfen sich nicht auf staatliche Hilfen verlassen.

Ansonsten bliebe nur die Möglichkeit, in der Schule eine Umfrage zu starten, um entsprechende Zahlen zu erfahren. Und auch dann würde er zunächst immer das Gespräch mit den Eltern betreffen.

ner Kinder führen.

Der Abg. Lachmann schlägt vor, im Dialog mit Kita-Leiterinnen zunächst in diesem Bereich einen Anfang zu machen. Ihm ist die Unterstützung der Kleinkinder sehr wichtig.

Auch Frau Bluschke meint, erst einmal den in Frage kommenden Personenkreis und die entsprechenden Voraussetzungen und Grundlagen zu klären. Die Entscheidung sollte jedenfalls nicht dem LOS allein überlassen werden.

Herr Bogdan gibt den Hinweis, die Einschätzung der Klassenleiter zu berücksichtigen. Er hat bei Projekttagen festgestellt, dass Kinder selbst normale Gemüsesorten gar nicht mehr kennen. Die sozialen Unterschiede machen sich bestimmt bei Klassenfahrten u.ä. bemerkbar, aber nicht so sehr bei der Ernährung. Die ist vor allem da mangelhaft, wo Eltern keine Zeit haben und ihren Kindern großzügig Geld in die Hand drücken. Entsprechende Initiativen z.B. gegen Chips und Cola sollten bei den Kindern erzieherisch wirken.

In der Diskussion sprechen sich noch weitere Abgeordnete dafür aus, zunächst einen Versuch zu starten. Herr Politz meint aber, zuvor müssen weitere Argumente ausgetauscht und Für und Wider diskutiert werden. Auch eine Umfrage an Schulen o.ä. darf aus sozialdatenschutztechnischer Sicht nicht ohne Weiteres durchgeführt werden. Außerdem sei das Interesse zahlreicher Eltern, die sich schon jetzt kaum für den Schulalltag ihrer Kinder interessieren, sehr stark in Frage gestellt.

Die Abg. Wagner schließt sich dieser Meinung an und warnt vor einem Testlauf, der eine hohe Erwartung weckt. Sie bittet deshalb, im nächsten Sozialausschuss noch einmal diese Problematik zu thematisieren und bis dahin die betroffenen Grundschüler und notwendigen Zahlen zusammen zu tragen.

Der Abg. Petenati schlägt vor, in einer nächsten Sitzung ausführliche Informationen zu den Anspruchsvoraussetzungen einer Familie und zur Zusammensetzung der Grundversorgungsleistungen Hartz IV zu erhalten.

Der Abg. Sachse findet die Überlegungen und die Diskussion sehr konstruktiv und gewinnbringend. Allerdings betont er, mit dem Antrag zur kostenfreie Essenteilnahme seien nur sozial- und einkommensschwache Familien gemeint. Finanziell leistungsfähige Familien sollen keinen staatlichen bzw. städtischen Zuschuss erhalten. Vielleicht kann zur Sicherstellung ein entsprechendes Antragsverfahren entwickelt werden. Darüber hinaus muss bei den Kindern das Bewusstsein für eine gesunde Ernährung verstärkt werden.

Abschließend legt die Vorsitzende fest, in der kommenden Sitzung erneut zu diesem Thema zu beraten.

Zu dem Vorschlag vom Abg. Petenati erklärt Herr Politz, dass mit den Regelleistungen auch die täglichen Ernährungskosten abgedeckt sind. Es wird festgelegt, auf einen Fachvortrag zu verzichten und den Fraktionen zu empfehlen, sich individuell beim LOS über den Umfang der Regelleistungen zu informieren.

TOP 4.2 Berichterstattung über Kinder-Jugendfürsorge in der Stadt Fürstenwalde

Zurückstellung

TOP 5 Informationen der Verwaltung

Herr Politz informiert, dass der neue Familienkatalog ab sofort erhältlich ist und Frau Trilling ergänzt, dass sich auch ein Seniorenkatalog in Planung befindet.

Beim nächsten Sozialausschuss, so Frau Trilling weiter, wird das Programm zur Brandenburgischen Frauenwoche ausführlich vorgestellt. Es wird rechtzeitig zusammen mit einer „fair gehandelten“ Rose verteilt.

Am 10.4. findet ein Fachtag zum Thema häusliche Gewalt statt. Für diese von der EU geförderte Veranstaltung zeichnet PRO-Familia verantwortlich, es sind entsprechend fachkompetente Referenten anwesend, und es werden ca. 100 Gäste erwartet. Die Einladungen werden rechtzeitig verschickt.

TOP 6 Anfragen an die Verwaltung

Es liegen keine Anfragen an die Verwaltung vor.

TOP 7 Beendigung der öffentlichen Sitzung

Die Sitzung wird beendet. Die Niederschrift umfasst 6 Seiten.

Monika Fiedler
Vorsitzende

Franka Koch
Schriftführerin
